



### Abonnementspreis

für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig, in der Expedition und den Ausgabestellen 1,50 Mk. vierteljährlich, 50 Pf. monatlich; für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.

### Ausgabe

täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:  
Katharinen- u. Friedrichstr.-Ecke.

Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

### Insertionspreis

für die Petitpalzseite oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn, Katharinen- u. Friedrichstr.-Ecke, Annoncen-Expedition „Invalidenthal“ in Berlin, Haastenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, W. Dulles in Wien, sowie von allen andern Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächste Ausgabe der Zeitung bis 2 Uhr nachmittags.

N<sup>o</sup>. 11.

Donnerstag den 14. Januar 1897.

XV. Jahrg.

## Der Eisenbahnetat.

Das preussische Staatseisenbahnetat wird nach Fertigstellung der jetzt im Bau begriffenen und unter Hinzurechnung der heftigen Bahnen nicht weniger als 29 197 Kilometer oder rund 3900 Meilen betriebstätiger Eisenbahnen umspannen. Dieser gewaltigen Ausdehnung entspricht es, daß von dem Gesamtetat des preussischen Staates für das Jahr 1897/98, welcher in Ausgabe und Einnahme bereits die zweite Milliarde überschritten hat, mehr als eine Milliarde Mark auf die Verwaltung der Staatseisenbahnen entfällt. Nach Abzug aller Betriebskosten, sowie der Verzinsung bezw. gesetzlicher Amortisation der Eisenbahnkapitalien vermag die Staatsverwaltung nicht weniger als 286 Mill. Mk. an Ueberschüssen der Staatseisenbahnen für allgemeine Staatszwecke in den Etat einzustellen. Das sind 47,6 Mill. Mk. mehr als im Vorjahre. Allerdings sind noch 41,6 Mill. Mk. für außergewöhnliche Eisenbahnbedürfnisse im Extraordinarium des Eisenbahnetats vorgesehen. Aber auch der noch verbleibende Betrag von rund 244 Millionen Mark genügt, um den Anteil der Eisenbahneinnahmen an dem Staatshaushalt und die hohe Bedeutung des Ueberganges zu dem reinen Staatseisenbahnsystem für den preussischen Staat klar erkennen zu lassen.

Bedingt ist die hohe Steigerung der Eisenbahneinnahmen durch die große, zum Theil unerwartet eingetretene Zunahme des wirtschaftlichen Verkehrs. Sie hat in dem für die Schätzung des jetzt vorliegenden Etats maßgebenden Etatsjahre 1895/96 beim Personenverkehr 5,93 pCt., beim Güterverkehr 6,29 pCt. betragen. Beim Personenverkehr haben allerdings noch mehrere zufällige Umstände einen günstigen Einfluß auf die Einnahmen ausgeübt, so die Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals, die Huldigungsfahrten nach Friedrichsruh, die Gedekfeier der Siegestage 1870/71. Im allgemeinen aber beruht die Vermehrung der Eisenbahneinnahmen auf der Neubelebung des so lange darniederliegenden geschäftlichen Verkehrs in Deutschland, und diese Wahrnehmung wird allseitig freudig begrüßt. Man darf der begründeten Hoffnung leben, daß die deutsche

Industrie die sie heimtuchende schwere wirtschaftliche Krisis ohne nachhaltige Schäden überwunden hat und wieder einer Zeit fruchtbringenden Schaffens entgegensteht.

Von welcher wohlthätigen Wirkung das preussische Staatseisenbahnsystem für weitere Volksfreie ist, erhellt auch aus der Angabe im Eisenbahnetat, daß allein die Zahl der besoldeten etatsmäßigen Eisenbahnbeamten auf 103 123 normirt ist. Das sind 5640 Köpfe mehr als im Vorjahre. Auf die Eröffnung neuer preussischer Eisenbahnen entfallen nicht weniger als 1173 Beamte. Man ersieht hieraus, wie viele Staatsbürger und Familien ihr reichliches Brot, wie viele immer neue Gelegenheiten zu dauerndem Erwerb und auch zur Hebung ihrer gesellschaftlichen Stellung durch die Staatseisenbahnen erhalten. Hierzu kommen noch die zahlreichen, nach Hunderttausenden zählenden diätarisch oder gegen Tagelohn beschäftigten Beamten und Arbeiter. In der That, die Zahlen des Eisenbahnetats stellen in gleicher Weise die gewaltige wirtschaftliche und soziale Bedeutung des preussischen Staatseisenbahnsystems, sowie die Grundlosigkeit aller Einwände dar, die noch heute von der grauen Theorie und der Parteiselbstsucht gegen dasselbe geltend gemacht werden.

## Politische Tageschau.

Die Annahme, daß sich der dem Bundesrathe zugegangene preussische Nachtragsantrag zu den Ausführungsbestimmungen zum Börjengesetz auf die Produkthörfe beziehe, ist unrichtig. Es handelt sich nur um Genehmigung eines von den allgemeinen Regeln über die Preisfeststellung abweichenden Verfahrens für eine einzelne Börse.

Der Entwurf des neuen Handelsgesetzbuchs soll Ende nächster Woche dem Reichstage zugehen. In Regierungskreisen hofft man, daß der Reichstag die Vorlage noch in dieser Session erledigen werde.

Im Abgeordnetenhaus war neulich von einer Seite die Glaubwürdigkeit der preussischen Beamten bezweifelt worden. Gegen diesen Angriff legte der Minister des Innern, Herr v. d. Necke, mit Entschiedenheit die Verwahrung ein: „Daß Fehler hier und da einmal vorkommen seitens der Be-

amten, das wird keiner bestreiten wollen, und das bestreite ich am allerwenigsten, der ich vielfach Gelegenheit habe, in diese Sachen Einblick zu gewinnen. Ich halte es aber für vollständig unthunlich und unbillig, daß man aus einem einzelnen Vorgang die Berechtigung herleitet, den ganzen Beamtenstand anzugreifen. Wir haben alle Veranlassung, unsere Beamten hoch zu halten, um welche uns alle Länder beneiden. Um so bedauerlicher ist es, wenn aus dem hohen Hause einer der Herren Veranlassung nimmt, die Beamten herabzusetzen und die Glaubwürdigkeit derselben zu bezweifeln.“

Zur Abänderung der Bäckereiverordnung soll, wie der „Vorwärts“ von wohlinformirter Seite wissen will, in dem preussischen Staatsministerium keine Neigung vorhanden sein.

In Italien sind alle sozialistischen Clubs und Arbeitskammern aufgelöst worden. Dieses Einschreiten Rudinis gegen die Sozialisten wird auf seinen Wunsch zurückgeführt, die gemäßigtere Partei und die Krone über seine Beziehungen zur äußersten Linken endgültig zu beruhigen. Rudini äußerte gesprächsweise, er denke nicht an seinen Rücktritt; er werde, seiner Pflicht gemäß, dem Vaterlande bis zum letzten Athemzuge dienen und im Nothfalle stets aus seiner Zurückhaltung heraustreten.

Nach dem jetzt veröffentlichten Ergebnis der französischen Volkszählung vom 29. März 1896 beträgt die Gesamtbevölkerung Frankreichs 38,5 Millionen Seelen, d. h. nur 175 000 Seelen mehr als bei der vorletzten Volkszählung. Der Bericht des Ministers des Innern erklärt diese schwache Vermehrung aus der jährlich zunehmenden Auswanderung nach den französischen Kolonien, besonders nach Algerien, und der Erhöhung der Stärke der Kolonialtruppen.

Eine in Charleroi in Belgien abgehaltene Bergarbeiterversammlung hat den Vorschlag eines allgemeinen Ausstandes der belgischen Bergarbeiter mit 26 gegen 26 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ueber den Untergang einer englischen Expedition meldet Reuters Bureau aus Bonny: Eine englische Expedition, be-

stehend aus stellvertretenden Konsuln, stellvertretenden Kommissaren, Kommandirten Truppen dieses Schutzgebietes, 2 Mitgliedern des Konsular-Korps, einem Arzt, 2 Zivilpersonen und eingeborenen Trägern, war gegen den 1. Januar nach der Stadt Benin (im rechtsseitigen unteren Nigergebiet) in durchaus friedlicher Mission gegangen. Jetzt ist nun die Nachricht des Konsuls mit der Nachricht hier eingetroffen, wonach die Expedition von Unterthanen des Königs von Benin hingejagt worden sei.

Wie der „Daily-Telegraph“ aus Konstantinopel meldet, ist man in dortigen Finanzkreisen fest überzeugt, daß in nächster Zeit Vorschläge gemacht werden, um der Türkei in ihrer gegenwärtigen Geldverlegenheit mittels einer Anleihe von 4 Millionen Pfund Sterling zu Hilfe zu kommen. Der Plan geht dahin, daß England von den sechs Großmächten eine Garantie haben soll. Wenn jedoch die englische Regierung ein Zusammenwirken mit den anderen Staaten ablehnen sollte, so würden wahrscheinlich Frankreich und Rußland die Garantie für England übernehmen.

Nach einer amtlichen Depesche aus Manila verursachten zahlreiche von den Philippinen nach den Mariannen-Inseln gebrachte Deportirte einen Aufstand, der von der Garnison unterdrückt wurde. 30 Deportirte wurden getödtet, 40 verwundet und die übrigen eingekerkert.

## Deutsches Reich.

Berlin, 12. Januar 1897.

— Se. Majestät der Kaiser unternahm gestern nach der Ankunft von Wildpark eine Ausfahrt und fuhr beim kaiserl. königl. österreichisch-ungarischen Botschafter von Szögyény-Marich und ferner bei Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin Friedrich Karl vor. Abends entsprach Seine Majestät einer Einladung des Chefs des Militär-Kabinetts, vortragenden General-Adjutanten, General der Infanterie von Hahnke zum Diner und kehrte gegen 11<sup>1/2</sup> Uhr von dort nach dem hiesigen königlichen Schlosse zurück. — Heute Vormittag unternahm Ihre kaiserlichen Majestäten einen gemeinsamen Spaziergang durch den Thiergarten. Nach dem königlichen

## Die Beilchendamme.

Roman von Carl Görlig.  
(Nachdruck verboten.)

(10. Fortsetzung.)

Das Geschäftslokal des Bankiers Friedrich Ortman, welches, wie wir schon wissen, der Wohnung der Frau Lessing gegenüber lag, bestand zunächst aus drei Zimmern, die sämtlich Straßenfront hatten. Eins der Fenster war durch ein Gitter von starkem Eisendraht wohl verwahrt, und hinter demselben lockten in- und ausländische Staatspapiere, Eisenbahnaktien aus aller Herren Länder und Schaalen mit Gold- und Silbermünzen die Blicke der Vorübergehenden auf sich.

Durch eine Glasstüre trat man von der Straße in das erste und größere der drei Zimmer. Dasselbe war durch einen Zahlstich in zwei gleiche Hälften getheilt; der vordere Raum zwischen Eingangstüre und Zahlstich war für das Publikum bestimmt, hinter dem Tische standen zwei Pulter, an welchen die beiden Buchhalter ihren Platz hatten.

Neben diesen Pultern führte eine Thür in das zweite Zimmer, welches ebenfalls Komptoireinrichtung hatte und Friedrich Ortman selbst zum Aufenthalt diente. In diesem zweiten Zimmer befand sich auch das feuerfeste, eiserne Geldspind der Firma, sowie das mit den Werthpapieren und Goldmünzen dekorierte Schaukasten, welches von Ortman, der selbst die Kassengeschäfte führte, alle Morgen von neuem ausstaffirt wurde, während er des abends die Münzscheide aus diesem Fenster wieder herausnahm und sie für die Nacht in den eisernen Geldschrank einschloß.

Die Thür zwischen diesen beiden Komptoirezimmern stand für gewöhnlich offen. Aus dem Privatkomptoir gelangte man in einen Salon, an welchen sich, nach der Hofseite des Hauses gelegen, das Schlafzimmer Ortman's anschloß.

Ortman war ein kinderloser Wittwer. Für einen Fremden wäre es sehr schwer gewesen, sein Alter zu bestimmen; er sah durchaus nicht alt aus, war aber nichtsdestoweniger kein junger Mann mehr. Er war hoch und schlank gewachsen, dabei ganz bartlos und eigentlich nicht häßlich zu nennen, wenn nicht zwei scharf markirte Falten seine glattrasierten Wangen förmlich durchschnitten hätten, was ihm ein leidendes Aussehen gab. Aber Ortman erfreute sich trotz dieser krankhaften Miene einer sehr guten Gesundheit, und der scharf markirte Zug in seinem Gesicht war das einzige nicht zu verwirklichte Kennzeichen eines schon vorgeschrittenen Alters, das sonst in nichts anderem bei ihm wahrzunehmen war.

Ueber seine Augen ließ sich nichts sagen, da Ortman immer eine Brille mit dunkelgrünen Gläsern trug, die er niemals ablegte. Seine Kleidung war stets hochlegant, und an dem kleinen Finger der rechten seiner wohlgepflegten, feinen Hände blühte ein à jour gefaßter, erbsengroßer Diamant von seltenem Feuer. Ortman war selbst in dem Volksgewühl der Weltstadt ein ziemlich bekannter Mann; wenn er auf der Straße ging, wurde er oft begrüßt, auch die Bettler kannten ihn, aber sie gingen ihm aus dem Wege und bettelten ihn nie an, denn sie wußten aus früheren Erfahrungen, daß Herr Friedrich Ortman für jeden von ihnen höchstens mal eine Suppenmarke als

Anweisung für einen Teller voll Löffelersbjen oder saurer Bohnen aus der Volksküche hatte. Er gehörte zum Komitee der Volksküchen und war Vizedirektor des Vereins gegen Hausbettelei.

Das war der Mann, zu welchem gestern die Beilchendamme so interessirt hinübergegangen, und bei dessen Namensnennung Frau Therese Lamprecht heute früh so voller Schmerz und Abscheu zusammengezuckt war, als ihr kranker Gatte sie aufgefordert hatte, zu diesem Manne — als eine letzte Hilfe in der Noth — hinzugehen.

Ortman saß in seinem Privatkomptoir und las die Briefe, welche mit der ersten Post angekommen waren.

Trotzdem man schon im April war, brante in einem offenen Kamin, dessen Marmor Sims mit eleganten Leuchtern und zierlichen Statuetten, kleinen Nachbildungen berühmter Modelle, besetzt war, ein helles Feuer. Die Wohnung des Bankiers lag auf der Schattenseite der Straße, und da überdies die Zimmer sehr hoch waren und über gewölbten Vorrathskellern lagen, so herrschte in denselben stets eine niedrige Temperatur, welche man durch starkes Heizen bis weit in das Frühjahr hinein auszugleichen suchte.

Ortman fortirte die eingelaufenen und von ihm jetzt durchgesehenen Briefe in zwei Theile. Dann rief er seinen ersten Buchhalter herein und übergab demselben einige der Briefe, welche er mit kurzen Randbemerkungen versehen hatte, zur Beantwortung, während er mehrere andere Briefe zurückbehielt, um ihren Inhalt durch persönliche Befragung und Beantwortung selbst zu erledigen.

Nach Sichtung dieser Briefe zu urtheilen,

schien Ortman auch keine Geschäfte zu scheiden in solche, von welchen seine Leute Kenntniß erhielten, und andere, in welche niemand einen Einblick hatte.

Die Geschäftsführung des Bankiers Ortman war also nicht in allen Punkten klar, sondern hatte theilweise einen geheimnißvollen Charakter.

Als der hereingerufene junge Mann die Briefe seines Prinzipals in Empfang genommen und dessen Privatkomptoir wieder verlassen hatte, griff der Bankier nach einer Zeitung und versenkte sich in die Lektüre der darin enthaltenen politischen und lokalen Nachrichten.

Tiefe Stille herrschte in beiden durch die offenstehende Thür verbundenen Zimmern, nur ab und zu durch das knisternde Geräusch eines springenden Funken oder einer plätschenden Steinkohle im Kamin unterbrochen. Im ersten Zimmer, welches den Eingang von der Straße hatte, waren der frühen Morgenstunde wegen noch keine Geschäftskunden anwesend.

Umsonst fiel es bei dieser Ruhe auf, als die Thür, deren Glasstiebe mit Goldbuchstaben den Namen des Bankiers trug, geöffnet wurde.

Eine Frau trat von der Straße herein. Ihr Gesicht war durch einen vom Gut herabhängenden Schleier verdeckt; in der Hand trug sie zusammengefaltete Papiere.

Der zweite der beiden Buchhalter, dem die Abfertigung der Kunden oblag, verließ sein Pult und trat an den Ladentisch.

„Was haben Sie, Madame?“

Dabei streckte er seine Hand aus, um die Papiere, welche er für zu verkaufende Aktien hielt, von der Frau in Empfang zu nehmen.







# Beilage zu Nr. 11 der „Thorner Presse“.

Donnerstag den 14. Januar 1897.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung am 12. Januar 1897. 1 Uhr.

Am Regierungstische die Minister Dr. Bosse und Dr. Miquel.

In der heutigen Sitzung wurde die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend das Dienst-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen beendet.

Bei § 10 (Berechnung der Dienstzeit) erklärt auf Anfrage der Kultusminister Bosse, daß über die Anrechnung der Dienstzeit an Privatpräparanden-schulen Verhandlungen mit dem Finanz-reffort schwebten, und stellt eine Regelung der Frage bis zur dritten Lesung des Gesetzes in Aussicht. Bei § 11 (Anrechnung der Dienstzeit an Privatschulen) macht der Kultusminister darauf aufmerksam, daß die von der Kommission getroffenen Aenderungen, die den Privatlehrern und den konfessionellen Minderheiten zu gute kommen sollten, den ersteren eher schaden als nützen würden; man möge bis zur dritten Lesung in Erwägung ziehen, ob es nicht genüge, die Anrechnungszahl von 7 auf 10 Jahre zu erhöhen.

Die §§ 9 bis 26 einschließlich werden der Kom-missionsfassung entsprechend angenommen.

§ 27 (Leistungen des Staates) bestimmt unter VI, daß denjenigen Gemeinden, welchen nach diesem Gesetz geringere Zahlungen aus der Staats-kasse zu leisten sind, als ihnen nach den Gesetzen von 1888 und 1889 zustehen würden, dieser Aus-fall insoweit durch einen dauernden Staatszuschuß ersetzt werden soll, wie dieser Ausfall den Betrag von 2 v. H. der Gemeindebesteuerung das Ein-kommen von mehr als 900 Mk. übersteigt.

Die Abgg. Groth und Gen. (natlib.) bean-tragen, daß dieser Ausfall den Gemeinden aus der Staatskasse ganz ersetzt werden solle.

Abg. Koelle (natlib.) befürwortet den An-trag unter Hinweis auf die großen Aufwendungen, welche die Gemeinden auf Grund der Gesetze von 1888 und 1889 gemacht hätten. Der Antrag werde den Oberbürgermeistern im Herrenhause die An-nahme des Gesetzes erleichtern.

Abg. v. Seydebrand (konf.) ist für die Ab-kehrung des Antrages und weist darauf hin, daß die gegenwärtige Vorlage den Städten etwas mehr entgegenkomme als die vorjährige, und daß gegenüber den Schullasten, welche die Land-gemeinden zu tragen hätten, die Städte nicht allzu sehr belastet würden.

Abg. Seiffardt-Magdeburg (natlib.) betont demgegenüber, daß der Antrag nur der Gerechtig-keit und Billigkeit entspreche.

Abg. Pasch (Ctr.) widerspricht dem und er-klärt, daß der größte Theil seiner Partei für die Kommissionsfassung stimmen werde.

Finanzminister Miquel führt aus, daß durch Annahme des Antrages die großen Städte doch nicht für das Gesetz gewonnen würden; die in Betracht kommenden Beträge würden nicht ein-mal für Berlin, geschweige denn für die anderen großen Städte besonders fühlbar sein.

Nachdem noch die Abgg. Reichardt und von Ghuern (natlib.) für den Antrag eingetreten sind — wobei letzterer erklärt, daß seine Freunde auch bei Ablehnung des Antrages für das Gesetz stimmen würden — und auch Abg. Hermes (freis. Volksp.) denselben befürwortet hat, wird der Antrag abgelehnt und die Kommissionsfassung einstimmig angenommen.

Zu § 28 (Uebergangs- und Schlußbestimmun-gen) beantragt Abg. v. Zepper-Laski (freikonf.) eine Aenderung, welche ungerechtfertigten Staats-zuschüssen für Alterszulagen vorbeugen will, damit die Gemeinden nicht einen jüngeren Lehrer vor einem älteren bevorzugen können, zieht aber diesen Antrag, gegen den sich wegen materieller Schwierigkeiten Widerspruch erhebt, bis zur dritten Lesung zurück.

Die Abgg. Lotichius (natlib.) und Dswalt (natlib.) sprechen den Wunsch aus, daß bei der Neugestaltung der Gehaltsregulative Verschlech-terungen des bisherigen Diensteneinkommens der Lehrer vermieden werden möchten, was von dem Ministerialdirektor Kügler als wohl erreichbar erklärt wird.

Kultusminister Bosse jagt auf eine Anregung des Abg. Schreiber (freikonf.) zu, daß die königliche Verordnung, durch welche das Gesetz für die Stolbergischen Grafschaften einzuführen ist, bis zum 1. April erlassen werden solle. Der Schlußparagraph wird nach der Fassung der Kommission angenommen.

Die von der Kommission empfohlene Reso-lution: „Die königliche Staatsregierung zu er-zuchen, dem Landtage baldigst ein allgemeines auf christlicher und konfessioneller Grundlage beruhendes Volksschulgesetz vorzulegen“, wird durch die aus den Konservativen, dem Centrum und den Polen zusammengesetzte Mehrheit ange-nommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Zweite Lesung des Gesetzes, betr. Staatsschuldentilgung und Ausgleichsfonds.

## Deutscher Reichstag.

150. Sitzung am 12. Januar. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische Staatsminister von Böttcher.

Das Haus nahm heute seine Arbeiten wieder auf. Präsident Febr. v. Buol wünscht den Mit-gliedern des Hauses ein gesegnetes neues Jahr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Abg. Spahn (Ctr.) sein Bedauern aus über den von ihm in der letzten Sitzung vor den Weihnachts-ferien gegenüber dem Abg. Gamp gebrachten Ausdruck „Dummheiten“ und erklärt, daß ihm die Absicht einer persönlichen Verletzung fern gelegen habe.

Sodann tritt das Haus in die zweite Be-rathung des Reichshaushaltsetats, und zwar zunächst in diejenige des Etats des Reichsamts des Innern ein.

Bei dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ fragt der Abg. Hize (Ctr.), ob die in Aussicht gestellte Zusammenstellung der Polizeiverordnun-gen zur Durchführung der Arbeiterschutzbestimmun-gen des § 120a-c der Gewerbeordnung erfolgt sei, und inwieweit Verordnungen im Interesse der Gewerbehygiene erlassen seien. Redner wünscht ferner Auskunft über den Stand der Handwerker-frage und regt schließlich die Vermehrung der Zahl der Fabrikinspektoren an.

Staatsminister v. Böttcher erwidert, daß die Zusammenstellung der auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung erlassenen Verordnungen bereits druckfertig sei; er hoffe, daß der Vor-redner schon in einiger Zeit seine Witzbegierde werde befriedigen können. Auch auf dem Gebiet der Gewerbehygiene sei die Reichsverwaltung nicht müßig gewesen. Eine Reihe von Verordnungen seien in dieser Hinsicht in Vorbereitung und zum Theil schon dem Bundesrath vorgelegt worden, während über andere in Aussicht genommene Vorschriften das Gutachten des Reichsgesundheits-amtes eingefordert sei. Was die Handwerker-frage betreffe, so sei der Entwurf über die Organi-sation des Handwerks bei der Ausschussberathung im Bundesrath Bedenken begegnet. Es sei darauf eine Subkommission eingesetzt worden mit dem Auftrage, eine Vorlage auszuarbeiten, die bezügl. des Prinzips der Handwerksorganisation Vor-schläge aufstellen solle, von denen vorauszusetzen wäre, daß sie mehr Beifall finden würden als der von der preussischen Regierung vorgelegte Entwurf. Die Subkommission sei indessen mit ihrer Arbeit noch nicht fertig. Die in der Presse verbreitete Annahme, daß die preussische Re-gierung ihre Vorlage zurückgezogen habe, sei un-richtig. Die Vorlage liege noch beim Bundesrath und werde demnächst zur Plenarberathung kommen. Ueber den Erfolg könne er, Redner, freilich nichts sagen. Er werde alles, was in seinen Kräften stehe, thun, damit unter allen Umständen eine Vorlage an den Reichstag komme. Die Ver-mehrung der Fabrikinspektoren sei Landesache;

die Reichsverwaltung werde sich freuen, wenn so viele Fabrikinspektoren angestellt würden, als es dem Bedürfnis entspräche.

Abg. Schneider (freis. Volksp.) erkennt an, daß in Preußen eine erhebliche Vermehrung der Gewerbeinspektoren eingetreten sei; ob aber die Arbeiterschutzbestimmungen überall bereits hin-reichend wirksam durchgeführt würden, sei gleich-wohl noch zweifelhaft. Dies gehe auch aus dem in Berichten der Fabrikinspektoren niedergelegten Material hervor.

Staatsminister v. Böttcher betont, daß sich das Verhältniß zwischen der Zahl der vorhan-denen Betriebe und der revidirten Betriebe in den letzten Jahren erheblich gebessert habe. Auch eine Besserung des Verhältnisses zwischen Inspek-toren und Arbeitern ergebe sich aus den Be-richten. Die Einführung weiblicher Fabrikinspek-toren, die der Vorredner wünsche, sei Landesache.

Abg. Fischer (sozdem.) meint, daß die Fabrik-aufsicht noch immer wirkungslos sei. Die Inspek-torenberichte enthielten nach wie vor lebhafteste Klagen über mangelndes Entgegenkommen der Unternehmer; vielfach litten die Unternehmer nicht einmal, daß sich die Arbeiter mit den Auf-sichtsbeamten in Verbindung setzten. Da sei es klar, daß der Klassenkampf nothwendig sei.

Staatsminister v. Böttcher entgegnet, daß die Darstellung des Vorredners über den Zustand der Fabrikaufsicht einseitig gefärbt sei; es sei darin alles zusammengetragen, was einen Schatten auf das Verhältniß der Aufsichtsbeamten zu den Berufsgenossenschaften werfen könne. Der Vor-wurf, daß die Fabrikanten gegen die Organisa-tion der Arbeiter wären, sei in dieser Allgemei-heit nicht richtig. Es sei ihm, dem Minister, keine Regierungsmaßregel bekannt, aus welcher der Vorredner einen Vorwurf dahin ableiten könnte, daß den Arbeitern das Koalitionsrecht verkümmert würde. Die Regierung sei bestrebt, den von dem Gesetz vorgesehenen Arbeiterschutz in loyaler Weise durchzuführen.

Abg. Roefelke (h. k. F.) tritt für die Tren-nung der Kesselrevision von der eigentlichen Fabrikinspektion ein.

Abg. Wurm (sozdem.) bringt Beschwerden bezüglich der Gewerbeaufsicht vor, worauf der Staatsminister v. Böttcher hervorhebt, daß die Beschwerden, soweit sie sich auf das Reichsamt des Innern bezögen, ungerechtfertigt seien.

Der sächsische Bundesrathsbevollmächtigte Fischer bestritt eine Aeußerung des Abg. Fischer gegenüber, daß die das Koalitionsrecht betreffenden Worte des Ministers v. Meisch von dem Abgeordneten richtig wiedergegeben worden seien. Die Zusammensetzung der Vereine und die Personen ihrer Mitglieder seien selbstverständlich

nicht ohne jeden Einfluß auf die Entschliessungen der Behörden.

Hbg. Müller-Waldenburg (sozdem.) hält gleich seinen Fraktionsgenossen den Arbeitersechus für unzulänglich. Eine die preußischen Bergbehörden beleidigende Aeußerung des Redners weist der Präsident als unwürdig zurück.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung.

### Provinzialnachrichten.

□ **Culmsee, 11. Januar.** (Kriegerverein.) Am Sonntag nachmittags 5 Uhr fand in der Villa nova eine Generalversammlung des Kriegervereins statt, die von den Kameraden zahlreich besucht war. Zunächst erstattete der Schriftführer Herr Lehrer Polaszek den Jahresbericht pro 1896. Hiernach sind im Verein eine Generalversammlung, eine Kassenrevision, acht Appells und sechs Vorstandssitzungen abgehalten worden. An Festlichkeiten hat der Verein zwei öffentliche und ein Vereinsvergüngen zu verzeichnen, und zwar: die Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers, das Fest der 14 jährigen Stiftungsfeier am 12. Juli und das Sedanfest im Kreise von Mitgliedern am 6. September. Außerdem theilte sich der Verein in einer Stärke von ca. 30 Kameraden an dem in Culm am 14. Juni stattgehabten 4. Bezirksfeste des Kriegerbezirks Thorn. Der Verein war im Bezirkstage durch die Kameraden Bürgermeister Hartwich, Doelling, Kunz und Polaszek vertreten. Als Vertreter des Vereins an der am 18. Juni stattgefundenen Einweihungsfeier des Kriegerdenkmals haben der Vorsitzende Herr Bürgermeister und Premierlieutenant Hartwich und Herr Maler N. Franz theilgenommen. Eine ganz besondere Ehre wurde dem Kriegerverein dadurch zu Theil, daß es ihm vergönnt war, Se. königliche Hoheit den Prinzen Albrecht von Preußen bei seiner Inspektionsreise in Westpreußen am 24. August auf seiner Durchfahrt hier auf dem hiesigen Bahnhofe begrüßen zu dürfen, wobei der Verein auf dem Bahnhofe Aufstellung genommen hatte. Nach der Begrüßungsfeier fand zu Ehren des Tages in der Villa nova Konzert und Tanz statt. Im Laufe des Vereinsjahres sind im Verein vier Vorträge gehalten worden. Als Vortrag zum Kriegerdenkmalsbau sind von Seiten des hiesigen Kriegervereins 168,70 Mark geleistet worden, so daß unser Verein den vom Bundesvorstande in Aussicht genommenen Durchschnittsbeitrag von 1 Mark pro Mitglied um fast 9 Pf. pro Kopf überstiegen hat. Im Jahre 1896 zählte der Verein 155 Mitglieder; hiervon kommen in Abzug 20 Mitglieder, und zwar 13 durch Wegzug, 2 durch Todesfall und 5 wegen Nichterfüllung der Beitragspflicht. Neu aufgenommen sind 21 Mitglieder, so daß unser Verein mit Beginn des Vereinsjahres 1897 154 beitragspflichtige und zwei Ehrenmitglieder zählte, darunter sind 15 Offiziere und ein Feldwebellieutenant (Herr Gerichtsassistent Konopka). Auf die einzelnen Truppengattungen vertheilt, zählt unser Verein: 93 Mitglieder von der Infanterie, 25 von der Kavallerie, 17 von der Artillerie, 7 von den Jägern, 3 von den Pionieren, 3 vom Trainbataillon, 2 vom

Gardegeschützenbataillon, 3 von der Werftdivision und ein Mitglied als Matrosenartillerist. Hier von haben Feldzüge mitgemacht 37, und keinen Feldzug mitgemacht haben 119 Mitglieder. Der von Herrn Zahlmeister Moldenhauer vorgelegene Kassenbericht hatte ein glänzendes Resultat aufzuweisen, nämlich 304,56 Mark Uebersechus. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl sind folgende Herren gewählt worden: Herr Bürgermeister und Premierlieutenant Hartwich zum 1. und pens. Oberwachtmeister Hellmann zum 2. Vorsitzenden, Lehrer Polaszek zum 1. und Gutsbesitzer Henschel zum 2. Schriftführer, Kaufmann Otto Moldenhauer zum Rentanten, Maler N. Franz zum Kapitaindarm, Dachdeckermeister Kunz und Kaufmann D. Deuble zu Beisitzern. Diese Herren wurden durch Applikation wiedergewählt. Zum dritten Beisitzer wurde mittels Stimmzettel Herr Gerichtsvollzieher Doelling gewählt. Zum Vereinsfeldwebel wählte die Versammlung Herrn Versümer und zum Fahnen-träger Herrn Kuhlmann. Die Fahnenjunker bezw. deren Vertreter bleiben dieselben, nämlich die Herren Hellmann und Henschel, bezw. Theod. Müller und Jul. Lewandowski. Alsdann hielt Herr Kamerad Kühnast einen Vortrag über das Thema: „Preußen im 1. Jahrtausend unserer Zeitrechnung“. Der Vortrag fand bei den Kameraden lebhaften Beifall. Herr Kühnast erklärte sich bereit, seinen Vortrag fortzusetzen, und zwar im nächsten Appell über „Das Preußenland während der Ordenszeit“. Zum Schluß forderte der Herr Vorsitzende die Kameraden auf, sich an der bevorstehenden Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers vollzählig zu betheiligen; bevor er die Sitzung schloß, sprach er den Vorstandsgliedern und sämmtlichen Kameraden für die treue Unterstützung und Mitwirkung an der Leitung des Vereins, sowie für die rege Theilnahme an den Verhandlungen der Generalversammlung Dank aus.

□ **Graudenz, 11. Januar.** (Aufhebung der Zwangsanstalt.) Graudenz soll sein Zuchthaus verlieren, das bekanntlich mitten in der Stadt liegt. Die Regierung beabsichtigt, die Zwangsanstalt aufzuheben und die Züchtlinge anderwärts unterzubringen. Gegenwärtig hat die Anstalt nur 437 Insassen, während die Zahl der Insassen in früheren Jahren, als noch die Weiberabtheilung und die Abtheilung für jugendliche Gefangene bestanden, die jetzt in Konitz bezw. Schwes sich befinden, 1200 und mehr betrug. Die Regierung hat nun den gesammten Komplex der Anstalt der Stadt zum Kauf angeboten, wie man hört, für 1200 000 Mark. Schon früher ist bekanntlich der Plan erwogen worden, die Böggenstraße durch das Anstaltsgelände bis nach der Amtsstraße gegenüber dem Amtsgericht durchzulegen. Uebernimmt die Stadt die Anstalt, dann ließe sich auch noch eine Straße von der Marienwerderstraße nach der Trinke hindurch legen, wodurch ein ganz neues, ausgedehntes Baugelände erschlossen werden würde. Die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten, die heute Vormittag das Grundstück besichtigten, waren zum größten Theile der Ansicht, daß die Stadt an den Ankauf der Anstalt nur denken könnte, wenn der Kauf-

preis ganz bedeutend herabgesetzt würde, da die Beamten mit ihren Familien von hier fortziehen müßten, wodurch viele Wohnungen in der Stadt leer werden würden. Außerdem würde durch den Verlust der Insassen, die der Zivilbevölkerung zugerechnet werden, das Ziel, aus dem Kreise zu scheiden und einen besonderen Stadtkreis zu bilden, wieder in weitere Ferne gerückt. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Stadt werden fortgesetzt.

### Ein Rath für Trinker.

Tausende in unserem Volke leiden an der Trunksucht und suchen Heilung; oder wenn sie selbst sich in ihrem elenden Zustande befriedigt fühlen, suchen doch ihre Gattinnen oder Geschwister oder Eltern nach einem Wege aus dieser Noth. Die Heilung ist möglich, wenn auch niemals leicht. Es ist hier wie bei anderer Krankheit zu beiseitigen, was krankmachend wirkt: das alkoholische Getränk, die schlechte Umgebung, die schlechte Weltanschauung. Zu schaffen sind der feste Glaube an die völlige Enthaltung von alkoholischen Getränken als nothwendige Lebensweise für den Gefährdeten, ferner ein Kreis von Bekannten und Freunden, die ihn gegen Versuchungen stärken, die am besten enthaltlos sind wie er, ferner: sittlicher Halt, religiöse Weltanschauung. Solche Umwandlung des Menschen und seiner Umgebung ist, wie gesagt, nicht leicht, aber möglich. Bewährt haben sich bisher besonders längerer Aufenthalt in einem Trinkerashl oder Zugehörigkeit zu einem Enthaltensvereine, wie wir sie im „Blauen Kreuz“ und „Guttemplerorden“ besitzen. Bewährt hat sich hier und da auch die Familienpflege von Trinkern, und auf sie kann man noch große Hoffnungen setzen. Nicht jeder Patient mag in eine Anstalt gehen, eine falsche Scham sträubt sich dagegen, daß seine Bekannten ihn in einem Trinkerashl wissen sollen; nicht jeder hat Gelegenheit oder Neigung, einem Enthaltensvereine beizutreten. Aber eine zeitlang sich in einen heilsamen Familienkreis zu flüchten, das wird weniger Ueberwindung kosten.

Natürlich sind nicht so gar viele Familien geeignet, Trinker zu heilen, selbst wenn die Hauseltern dazu bereit sein sollten. Es müssen ausgesuchte, tüchtige Leute sein, die die völlige Enthaltung vom Alkohol als nothwendig und heilbringend erkannt haben und bereit sind, mit den Schwachen schwach zu sein; ein frommer, sittlicher Geist muß im Hause herrschen. Oft sind die ehemaligen Trinker am geeignetsten und auch am bereitwilligsten zu solcher Rettungsarbeit. Auch die Häuser von Aerzten und Geistlichen haben ihre Vorzüge.

Der Gedanke solcher Familienpflege liegt sehr nahe. Schon in den vierziger Jahren nahm Pastor Magnus Böttcher auf Rügen, der sich viel um die Säufer kümmerte und eine zeitlang auch an eine Anstalt für sie dachte, einen adeligen Herrn, der an der Trunksucht litt, auf und bestielt ihn trotz seiner Wunderlichkeiten bis zu seinem Tode im Hause. Auch von Oberstlieutenant von Knobelsdorff wissen wir, daß er die ledigen Trinker, die zu ihm kommen, veranlaßt, wenn

möglich zu einem Geretteten in Wohnung und Kost zu gehen. Auch von der Insel Sylt, wo es ja schon fünf Enthaltensvereine giebt, könne man schöne Geschichten erzählen, wie einzelne, die früher selbst tranken, immer wieder Trinker zu sich nehmen, oft mit Erfolg, oft zu großer Verträgniß.

Bisher war es aber ein großer Mangel, daß die Trinker und ihre Familien nicht wissen oder erfahren konnten, wo man sie wohl in ein gastliches Haus aufnehmen würde. Diesem Mangel hilft jetzt der deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke (Adresse: Dr. Wilhelm Bode in Hildesheim) ab. Er schickt gegen 1 Mark Geschenk für den Verein unter Diskretion eine Liste der zur Pflege bereiten Familien, die sich bei ihm gemeldet haben. Es sind im Augenblick fünfundsanzig zerstreut in Deutschland: Aerzte, Geistliche, aber auch einfache Leute in Stadt und Land. Die Pensionspreise sind sehr verschieden; sie schwanken zwischen 480 und 1500 Mark im Jahre.

Es empfiehlt sich, Trinker und ihre Angehörigen auf diesen Weg zur Genesung aufmerksam zu machen. Man kann manchem dadurch einen großen Dienst erweisen.

### Gemeinnütziges.

(Erfrorenen Würsten) wieder Wohlgeschmack und Haltbarkeit zu verleihen, erreicht man zunächst dadurch, daß man dieselben (ähnlich wie man es ja auch mit erfrorenen Äpfeln zc. macht) in kaltes Wasser legt und darnach die sich bildende Eisschicht so lange an den Würsten läßt, bis das Eis selber im Wasser wieder aufgethaut ist. Nun nimmt man die Würste aus dem Wasser. Mit dem Froste sind ihnen aber auch diejenigen Theile ausgezogen worden, durch welche sie Geschmack und Haltbarkeit erhielten. Diese sind ihnen wieder zu verschaffen. Es geschieht dies dadurch, daß man die Schale an mehreren Stellen durchsticht und die Würste mehrere Tage in ein mit Salzwasser gefülltes Gefäß legt. Das einziehende Salz giebt wieder Wohlgeschmack und bewirkt, daß derartig behandelte erfrorene Würste sich noch den ganzen Sommer hindurch sehr gut halten.

(Um gefrorene Eier wieder brauchbar zu machen), legt man sie in ein mit Salz vermischtes, frisches Brunnenwasser. Bald ist der Frost wieder ausgezogen, und die Eier sind so gut wie zuvor. War die Eierschale, was häufig geschieht, vom Froste geplatzt, so eignen sich die Eier zur längeren Aufbewahrung nicht mehr, da sonst bald die durch die Ritze ungehindert ins Ei-Zimmer gelangende Luft eine schnelle Fäulniß des Eies bewirken würde.

Verantwortlich für die Redaktion: Geint. Wartmann in Thorn.

**Seiden-Damaste Mk. 1.35** bis 18.65 per Met. — sowie schwarze, weiße und farbige Henneberg-Seide von 60 Pf. bis Mk. 18,65 p. Met. — glatt, gestreift, karriert, gemustert, Damaste zc. (ca. 240 versch. Dual. und 2000 versch. Farben, Dessins zc.), porto- und steuerfrei ins Haus. Muster umgehend. — Durchschnittl. Lager: ca. 2 Millionen Meter. **Seidenfabriken G. Henneberg (k. u. k. Hof.) Zürich.**